

Bundesregelungen für die Weiterbildung. Die Gewerkschaftliche Initiative von GEW, ver.di und IG Metall legt ihr neues Konzept vor: „Notstand: Weiterbildung in Deutschland. Das Weiterbildungsdesaster verringert Wachstum, Innovationen und Lebensperspektiven. Wir brauchen mehr öffentliche Verantwortung.“ ...

Die gewerkschaftliche Initiative von GEW, ver.di und IG Metall „Bundesregelungen für die Weiterbildung“ hat zu Beginn des Jahres 2000 erstmals ihre Vorschläge zur Gestaltung eines zukunftsfähigen Weiterbildungssystems in Deutschland vorgestellt. Unsere Ideen schienen uns geeignet, die immer deutlicher werdende Lücke zwischen den wachsenden Weiterbildungsanforderungen und der Weiterbildungsrealität zu schließen. Acht Jahre später, nach zwei hochtrabenden, aber nicht eingelösten Koalitionsvereinbarungen deutscher Bundesregierungen zum Ausbau der Weiterbildung sowie einer bildungsfeindlichen Föderalismusreform, stellen wir fest, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine beschämend nachrangige Position einnimmt. Weiterbildung verschärft die soziale Selektion. Das System ist finanziell und konzeptionell nicht zukunftsfähig und wird zur Innovations- und Wachstumsbremse. Die gewerkschaftliche Initiative meldet sich aus diesen Gründen erneut zu Wort. Wir fordern die Bundesregierung und den deutschen Bundestag auf, Bundesregelungen für die Entwicklung eines leistungsfähigen Weiterbildungssystems zu beschließen. Wir sind der Auffassung, dass ein Bundesgesetz ein möglicher und gangbarer Schritt ist für eine dringend erforderliche öffentliche Weiterbildungspolitik, die die Weiterbildungslandschaft aktiv gestaltet, statt alles dem Markt zu überlassen. Für lebenslanges Lernen als selbstverständlichen und kalkulierbaren Teil von Biografien fehlen nach wie vor institutionelle, finanzielle, zeitliche und organisatorische Voraussetzungen. Zukunftsweisend ist deshalb nur ein Gesamtkonzept, das ein Recht auf Weiterbildung sichert, Lernzeitanprüche sowie ausreichende Finanzierung, Beratung und Qualität vorsieht und das geeignet ist, mehr Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Planungssicherheit für alle Beteiligten herzustellen. Ein neues solidarisches Weiterbildungssystem, das sich an Prinzipien der Gerechtigkeit und Chancengleichheit orientiert, kann die Weiterbildung für alle umfassend verbessern. Bundesregelungen für die Weiterbildung müssen auch als gesellschaftliche und wirtschaftliche Investitionen in die Zukunft unseres Landes verstanden werden: Sie sind unverzichtbarer Teil einer neuen Weiterbildungskultur und eines nationalen Weiterbildungsplans mit dem Ziel, die Weiterbildung in Deutschland gemeinsam mit der Vorschul-, Schul- und Hochschulbildung in die Spitzengruppe der europäischen Bildungsgesellschaften zu bringen. Länder wie Frankreich, Dänemark, Schweden und die Schweiz zeigen, wie durch mehr öffentliche Verantwortung tatsächlich Impulse gesetzt werden können. Für unsere gewerkschaftliche Initiative gibt es ein breites Bündnis: Sie wird unterstützt von zahlreichen Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Weiterbildungsträgern und Gewerkschaften.